

Slowakei

Kai-Olaf Lang

In der Innenpolitik war die Zeit zwischen Herbst 2012 und 2013 eine Phase, in der die zweite Regierung Fico ihrem klaren Wahlsieg vom Frühjahr 2012 Taten folgen ließ und bemüht war, sozial- und wirtschaftspolitische Akzente zu setzen, durch die sie sich von ihrer marktliberalen Vorgängerregierung abgrenzte. Anfang 2013 trat die Abschaffung der Flat-Tax in Kraft: Unternehmen zahlen höhere Körperschaftssteuern, Besserverdienende werden bei der Einkommensteuer zusätzlich belastet. Überdies wurden arbeitnehmerfreundliche Reformen im Arbeitsrecht durchgesetzt. Diese Schritte konnten jedoch die insbesondere durch ein erlahmendes Wirtschaftswachstum (von 2% in 2012 auf eventuell unter 1% in 2013) entstandenen Schwierigkeiten kaum lindern: Die Arbeitslosenquote erreichte Ende 2012 die 14%-Marke, die Reduktion des Haushaltsdefizits brachte beachtliche Sparanstrengungen mit sich.

Gleichwohl blieben Robert Fico und seine Smer-SD in den Popularitätsrankings unangefochten vorne. Erste Diskussionen über die im Frühjahr 2014 anstehenden Präsidentschaftswahlen und eine mögliche Kandidatur Ficos änderten daran nichts. Fico vermochte es offensichtlich, seine auf eine Ein-Parteien-Mehrheit gestützte Exekutive als Regierung der Stabilität, der Effektivität und der moralischen Integrität zu präsentieren.¹

Die Opposition konnte dem nichts entgegensetzen und hat sich sichtlich noch nicht von ihrer Wahlschlappe von 2012 erholt. Ein Versuch, die Gruppierungen der rechten Mitte zu bündeln, bestand in der Gründung der so genannten Volksplattform (Ludová platforma), in der sich drei slowakische Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei (christdemokratische KDH, konservativ-liberale SDKÚ-DS und die vornehmlich in der ungarischen Minderheit verankerte Most-Híd)² im Herbst 2012 zusammenschlossen.³ In dem lockeren Kooperationsforum ergaben sich aber bald Differenzen. Bei den im November 2013 abgehaltenen Wahlen zu den Vertretungskörperschaften in den Selbstverwaltungsregionen traten die drei Parteien nicht in allen Landesteilen gemeinsam an. Die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen verlief ebenfalls schleppend. Insgesamt litt das vielgesichtige rechtszentristische Spektrum mit seinen Rivalitäten und Antimositäten weiterhin an Geschlossenheit und einem natürlichen Führungsakteur.⁴

Eurozone und Krisenpolitik

Für die Slowakei ergaben sich im Kontext der Verschuldungs- und Finanzkrise insbesondere drei Grundziele, die auch Ende 2012 und in der ersten Hälfte 2013 für die Europapolitik des

-
- 1 Ficos Kommentar nach einem Jahr in der Regierung lautete: „Dies war ein Jahr der Stabilität, der erfolgreichen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und des Regierens ohne Skandale“, Anкета: Co vám dal a vzal rok vlády Roberta Fica?, in: Hospodárske noviny online, 4.4.2013, www.hn.hnonline.sk.
 - 2 Most-Híd wurde im November 2013 in die Europäische Volkspartei (EVP) aufgenommen – gegen den Widerstand des vierten slowakischen EVP-Mitglieds, der ungarisch-patriotischen SMK, und des FIDESZ aus Ungarn.
 - 3 Pravica sa opät spája: Trojica strán bude spolupracovať, TASR, 16.11.2012, www.pluska.sk.
 - 4 Außer den Parteien der Volksplattform sind im Parlament noch die konservative Anti-Establishment-Partei *Gewöhnliche Leute*, die euroskeptisch-liberale *Freiheit und Solidarität* und die katholisch-konservative *Neue Mehrheit*, eine Abspaltung der KDH, vertreten.

Landes maßgeblich waren. Erstens will die Slowakei die Chance nutzen, die sich ihr durch die Mitgliedschaft in der Eurozone bietet, nämlich „in der ersten Linie bei der Formung der künftigen Gestalt Europas“ zu stehen und daher im „Integrationskern“ zu verbleiben sowie diesen mitzuprägen.⁵ Zweitens möchte die Slowakei neue Trennlinien zwischen Euro-Staaten und Nicht-Euro-Mitgliedern vermeiden. Insbesondere mit Blick darauf, dass die anderen Visegrád-Länder, also besonders enge Partner und Nachbarn der Slowakei, nicht der Eurozone angehören, bevorzugt Bratislava einen „inkluisiven Ansatz“ und votiert dafür, dass sich die Schere zwischen Eurozonen-Insidern und -Outsidern nicht noch weiter öffnet.⁶ Und drittens plädiert die Slowakei für eine konsequente Fortführung von Sparmaßnahmen bei Wahrung europäischer Wachstumsziele. Gerade für Ministerpräsident Fico, der sich als europäischer Sozialdemokrat versteht und innenpolitisch mit einer Wachstums- und Beschäftigungsagenda angetreten war, ist die Verortung in der Gruppe der konsolidierungsorientierten Staaten nicht selbstverständlich. Fico verlangte daher immer wieder europäische Stimuli für Investitionen und den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Bei Ficos Zusammenreffen mit dem französischen Staatspräsidenten im April 2013 unterstützte der slowakische Ministerpräsident Frankreichs Bemühungen nach mehr Flexibilität bei der Haushaltssanierung.⁷ Andererseits kritisierte Außenminister Lajčák, dass die Kommission Frankreich gegenüber in Sachen Budget zu nachgiebig sei. Solidarität in der EU erfordere auch eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik.⁸ Auch Fico selbst hatte noch im März Protest gegen Ausnahmeregelungen für Mitgliedstaaten bei der Budgetkonsolidierung angekündigt.

Trotz der (insbesondere durch den Regierungschef) gelegentlich geäußerten Kritik an der Vorherrschaft einer einseitigen Austeritätspolitik „Brüssels“, gerierte sich die Slowakei als mitteleuropäisches Eurozonenland, das sich der wirtschaftlichen Verflechtung mit Deutschland bewusst ist, das eher fiskalkonservativ denkt und das ganz gezielt die Nähe zu Deutschland sucht. Im Dezember 2012 billigte das slowakische Parlament fast einstimmig den Fiskalpakt, der wenige Wochen danach vom Präsidenten ratifiziert wurde. Auch wurde die nicht zuletzt von Berlin lancierte Idee von „Vertragspartnerschaften“ für Strukturreformen, also bilateralen Reformvereinbarungen von Eurozonen-Staaten mit der Kommission zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, von Bratislava positiv aufgenommen.⁹ Prononciert formulierte es der slowakische Außenminister. Ihm zufolge besteht die Aufgabe der Slowakei, wie auch anderer mitteleuropäischer Kleinstaaten, darin, „den Europäern dabei behilflich zu sein, ihre Angst vor der deutschen Hegemonie abzuschütteln“.¹⁰

Außenpolitische Prioritäten: Östliche Partnerschaft und Westbalkan

Die slowakische Außenpolitik bzw. die slowakischen Prioritäten in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) blieben weiterhin ihren Schwerpunktthemen und -regionen treu. So konzentrierte sich Bratislava nach wie vor auf die östliche Nachbarschaft der EU und den westlichen Balkan.

5 So Außenminister Lajčák, Úvodné slovo podpredsedu vlády a ministra zahraničných vecí a európskych záležitostí SR Miroslava Lajčáka na plenárnom zasadnutí národného konventu o Európskej únii, einführende Worte von Minister Lajčák beim nationalen Konvent zur EU, Bratislava, 9.5.2013, www.mzv.sk.

6 Štátny tajomník Peter Javorčík k úlohu štátu a práva v európskej integrácii na Bratislavskom právnickom fóre 2013, Meldung der Nachrichtenagentur TASR, 10.10.2013, www.hlavnespravdy.sk.

7 Francúzov trápi európska dlhová brzda, nás domáca, in: Pravda, 11.04.2013, www.pravda.sk.

8 Úvodné slovo podpredsedu vlády ..., Fußnote 1.

9 Banková únia nestací, tvrdí po summite Fico, TASR, 14.12.2013, www.hnonline.sk.

10 Miroslav Lajčák, Keine Angst vor Berlin, in: Die Welt, 1.7.2013.

Außenminister Lajčák unterstrich immer wieder die Bedeutung der Östlichen Partnerschaft (ÖP), also der östlichen Kooperationsdimension der Nachbarschaftspolitik der EU, sowie die Notwendigkeit, Länder wie die Ukraine trotz schwieriger Rahmenbedingungen an die EU heranzuführen. Gerade durch die Betätigung für die östlichen Nachbarländer sieht man in Bratislava eine Chance, Europapolitik aktiv mitzugestalten.¹¹

In Sachen Ukraine setzte sich Lajčák für eine Intensivierung des Dialogs der EU mit der Ukraine ein, um insbesondere mit Blick auf den Ende November 2013 anstehenden Gipfel der ÖP die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zu ermöglichen. So organisierte Lajčák im Januar sowie im Oktober 2013 Treffen der informellen EU-Außenministergruppe der „Freunde der Ukraine“ mit dem ukrainischen Chefdiplomaten.¹² Auf bilateraler Ebene konnten gerade mit dem direkten Nachbarn Ukraine Fortschritte etwa beim Ausbau zwischengesellschaftlicher Kontakte verbucht werden. Ende Dezember 2012 hatte die Slowakei Erleichterungen bei der Visavergabe für ukrainische (und russische) Bürger bei geschäftlichen und touristischen Anlässen sowie Verwandtenbesuchen beschlossen.¹³ Mit Jahresbeginn 2013 wurde auch der über ein Jahr ausgesetzte kleine Grenzverkehr mit der Ukraine erneuert.

Zäh verlief indes zunächst das Vorhaben, die Ukraine über slowakisches Territorium mit Gas aus der EU zu versorgen. Konkret soll der slowakische Transitnetzbetreiber Eustream seine Leitungskapazitäten zur Verbringung von Gas der Firma RWE in die Ukraine (bis zu 10 Mrd. m³ pro Jahr) zur Verfügung stellen. Hierfür würde die Fließrichtung einer Pipeline umgedreht. Noch im Herbst 2013 hieß es, dass man zwar Interesse am Export in die Ukraine habe, dies jedoch nur auf der Grundlage eines geregelten und mit EU-Vorschriften kompatiblen Datenaustauschs mit dem ukrainischen Netzbetreiber geschehen könne. Die Ukraine sei hierzu noch nicht in der Lage.¹⁴ Mitte November erreichten beide Seiten dann eine grundsätzliche Einigung.

Abgesehen von der Ukraine engagierte sich die Slowakei auch in anderen ÖP-Staaten. In der Republik Moldau, die ebenso wie Georgien, Belarus und die Ukraine zu den Vorrangländern der slowakischen Entwicklungspolitik gehört, wurde im Juli 2013 eine Botschaft eröffnet, ebenso wurde ein neues, erstmals zeitlich nichtbegrenztes Abkommen über Entwicklungskooperation unterzeichnet. In Georgien soll ebenfalls eine Vertretung entstehen.

Ein intensive Besuchs- und Gesprächsdiplomatie, die Fortführung von Reformhilfen und zivilgesellschaftlichen Projekten sowie ein „glaubwürdiger Erweiterungsprozess“¹⁵ bei konsequenter Einhaltung von Beitrittskriterien charakterisierten die slowakische Politik gegenüber den Ländern im westlichen Balkan. Weiterhin blieb die Slowakei bei der Nichtanerkennung des Kosovo, vertiefte aber ihre pragmatische Kooperation mit Pristina und unterstützte die Annäherung des Landes an die EU.¹⁶ Der kosovarische Außenminister

11 „Wenn wir irgendwo Europapolitik gestalten wollen, dann genau in diesen Ländern. Wenn wir diesen Ländern nichts zu sagen haben, [...] wo sollen wir dann Ambitionen entwickeln?“, Interview mit Außenminister Lajčák, in: Miroslav Lajčák: Dnes sa už nepotrebuje zviditeľňovať, ale nájsť si svoje miesto, in: *Zahranicná politika*, 4, 2012/13, S. 15-17, S. 17.

12 EU Commissioner and 13 EU Foreign Ministers Support Signing Association Agreement with Ukraine, PRNewswire, 31.1.2013, www.reuters.com; MZVaEZ: Na podnet M. Lajčáka sa v Luxemburgu zišla Skupina priateľov Ukrajiny, 21.10.2013, TASR www.mzv.sk.

13 Schon nach wenigen Wochen vervierfachte sich die Anzahl der Visumsanträge gegenüber dem Vorjahr; O slovenské víza žiada takmer štyrikrát viac Ukrajincov ako vlani, TASR, 7.2.2013, www.teraz.sk.

14 Dodávky plynu na Ukrajinu komplikujú zmluvy s Gazpromom, Meldung der Nachrichtenagentur TASR und des Portals energia.sk, 3.10.2013, www.energia.sk.

15 Zameranie zahraničnej politiky Slovenskej republiky na rok 2013 [Außenpolitische Leitlinien der Slowakischen Republik für 2013], www.mzv.sk.

Hoxhaj kam im Dezember 2012 erstmals zu einem nicht-offiziellen Besuch in die Slowakei, bei dem er sich u.a. „privat“ mit seinem slowakischen Amtskollegen traf. Gleichwohl bekräftigten slowakische Regierungsvertreter, dass es in der Slowakei weiterhin einen Konsens gegen die völkerrechtliche Anerkennung des Kosovo gebe.¹⁷

Energie

Eines der zentralen Themen der slowakischen Energiepolitik waren Veränderungen in der Eigentümerstruktur des Gasversorgers SPP (Slowakische Gaswirtschaft). Anfang 2013 erwarb die tschechische Energie- und Industrieholding EPH 49% der SPP-Anteile (Eigner der restlichen 51% ist der slowakische Staat) einschließlich der operativen Kontrolle für etwa 2,6 Mrd. Euro. Diese Pakete waren bis dahin im Eigentum eines Konsortiums aus deutscher E.ON und französischer GDF Suez. Anfang September gab Ministerpräsident Fico eine erneute Umstrukturierung bekannt. Der slowakische Staat, so Fico, werde die verbleibenden Anteile der SPP in Gänze zurückerlangen und so die „totale Kontrolle“ über die Gaspreise für Haushalte und mittelständische Unternehmen erhalten.¹⁸ Eine neue Gesellschaft, an der die SPP 51%, die EPH 49% halte, wiederum eigne die Spartenunternehmen für Speicherung, für Verteilung sowie Eustream, also den slowakischen Abschnitt der Bratisvo-Transitpipeline. Die Opposition verurteilte diese Transaktionen, weil sie angeblich die beachtliche Verschuldung der SPP auf den Staat abwälzte, während die lukrativen Geschäftszweige bei einem privaten Akteur verblieben, hinter dem unter anderem die slowakische Finanzgruppe J&T stehe. Während Ficos Gegner von einer drohenden „Regierung der Oligarchen“¹⁹ sprachen und Mitte September 2013 ein (letztlich erfolgloses) Misstrauensvotum gegen diesen initiierten, erklärte der Regierungschef, er wolle nur stabile Gaspreise garantieren.

Fazit

Am 1.1.2013 beging die Slowakische Republik den 20. Jahrestag ihrer Gründung. Nach dem „slowakischen Sonderweg“ unter den semi-autoritären Regierungen von Vladimír Mečiar in den 1990er Jahren und dem Wandel zu einem reformpolitischen Musterschüler mit großem Zustrom an Auslandsinvestitionen und hoher Exportorientierung, nach der Einbindung in EU und NATO und einem frühen Beitritt zur Eurozone ist das Land nun dabei, eine aktivere Rolle in der EU zu spielen. Hierzu gehört eine integrationsfreundliche Grundhaltung und die Profilierung insbesondere außenpolitischer Spezialfelder, aber auch die Pflege partnerschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarn in Mitteleuropa, insbesondere zu den Ländern der Visegrád-Gruppe (auch das schwierige Verhältnis zu Ungarn ist momentan positiv unspektakulär) und zu Deutschland.²⁰ Nach wie vor steht die Slowakei jedoch vor der Herausforderung, ihre innere, vor allem wirtschaftliche Erfolgsbasis zu verbreitern und durch Innovation und die Schaffung territorialer und gesellschaftlicher Kohäsion nachhaltig zu machen.

16 Lajčák: Kosovo neuznávame, ale jeho integráciu podporujeme, TASR/hnonline, 5.12.2012, www.hnonline.sk.

17 So Ministerpräsident Fico und Außenminister Lajčák; vgl. Fico ani Rajoy nadalej nechcú uznať Kosovo, 23.04.2013, SITA, www.vlada.gov.sk, „Consensus in Slovakia not to recognize Kosovo“, Meldung der Nachrichtenagentur Tanjug, 5.6.2013, www.b92.net.

18 Štát ovládne matku SPP, získa späť kontrolu nad cenami, TASR/energia.sk, 4.9.2013, www.energia.sk.

19 Poslanci neodvolali Fica z funkcie premiéra, Meldung der Nachrichtenagentur SITA, 19.9.2013, www.venergetike.sk.

20 Neben dem engen Verhältnis zu Deutschland bestehen auch gute Kontakte mit Frankreich. So konnte Bratislava im Herbst 2013 den ersten Besuch eines französischen Staatspräsidenten verbuchen.